



schaft zu nennen. Man darf nur nicht willkürlich und tendenziös mit dieser Thatsache sich in der Weise abzufinden suchen, daß man dem Worte „Gemeinschaft“ den Sinn der „kapitalistisch-proletarischen Harmonie“ unterstellt. Nichts anderes thut aber das Leipziger Gewerkschaftsartell, indem es fälschlich erklärt: Tarifgemeinschaft ist „Hirsch-Dunderlicher Standpunkt“; es entspricht nicht mehr der „modernen Arbeiterbewegung“. Mit Verlaß, was entspricht dieser Bewegung denn sonst? Etwas Streiks unter allen Umständen? Das würde die Konsequenz sein, wenn man die Abweisung der Vereinbarungen in Rede stehender Art grundsätzlich und faktisch gelten läßt. Wenn aber keine einzige der bestehenden Arbeiterorganisationen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, d. h. derjenigen Bewegung, deren Streben weit über die zunächstliegenden Interessen der Arbeiter hinausgehend, auf die Emanzipation der Arbeit von der Kapitalherrschaft gerichtet ist? Alle diese Organisationen würden „Verrat“ an den Prinzipien dieser Bewegung begehen, wenn sie die Geltung eines bestimmten Tarifs mit der Unternehmergemeinschaft vereinbarten. Gegen solch ungeheuerliche Auffassung, die sich ganz logisch aus dem Standpunkte des Leipziger Gewerkschaftsartells ergibt, muß im Interesse der gewerkschaftlichen Organisation nachdrücklich Verwahrung eingelegt werden. Hat diese Körperlichkeit sechs Vertreter der Buchdrucker ausgeschlossen, weil sie Anhänger der Tarifgemeinschaft sind, was hindert sie, nach der dafür aufgestellten Begründung demnach auch die Vertreter der Maurerorganisation abzuweisen, wenn dieselbe es fertig bringen sollte, mit den Unternehmern viellecht für die Zeit eines Jahres die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinbaren, d. h. eine Tarifgemeinschaft einzugehen? Denn ob diese Gemeinschaft für längere oder kürzere Zeit vorgehen wird, das entscheidet prinzipiell gar nichts, das kann lediglich eine taktische Streiffrage sein. Man kann den Standpunkt vertreten, es sei taktisch das Richtige, solche Gemeinschaften in der Regel auf nur ein Jahr einzugehen. Aber ohne weiteres die Tarifgemeinschaft an sich als Prinzipwidrigkeit in Acht und Bann zu erklären, Männer, die eine solche Gemeinschaft vertreten, als unwert, in einem Gewerkschaftsartell mitzuwirken, zu bezeichnen, das ist — man verzeihe uns den herben Ausdruck, aber wir finden keinen andern — mindestens eine geradezu verblühende Unflüchtigkeit und Ungerechtigkeits, welche Vertretern der modernen Arbeiterbewegung wahrhaftig keine Ehre macht, und das um so weniger, als dieselben eine vernünftige und richtige, eine ganz selbstverständliche Taktik geradezu als ausschließlich charakteristisch für den „Hirsch-Dunderlichen Standpunkt“ hinstellen. Das ist ja ein recht absonderlicher Kampf gegen diesen Standpunkt!

Je weiter die gewerkschaftliche Organisation sich entwickelt, je mehr es ihr gelingt, von den Unternehmern als gleichberechtigter wirtschaftlicher Faktor anerkannt zu werden — und dahin strebt doch jede Organisation —, je mehr wird die Vereinbarung, die Tarifgemeinschaft für sie eine zwingende Notwendigkeit, aus deren Erfüllung ihr nur Vorteil erwachsen kann, wenn sie zu günstigen Abschlüssen die erforderliche Macht und Geschicklichkeit besitzt.

Nach alledem können wir nur wünschen, daß das Leipziger Gewerkschaftsartell baldigst seinen die Arbeiterorganisation schwer benachteiligenden Beschluß rückgängig macht, oder daß die Waffe der organisierten Arbeiter ihn öffentlich mißbilligt.

## Korrespondenzen.

**M. Bant - Wilhelmshaven.** Unsere letzten Versammlungen beschäftigten sich namentlich mit dem Konflikt in der Süßhaken Oßizin. Die Entstehung desselben und die gegenwärtige Situation sei hiermit zur Aufklärung bekannt gegeben. Nach Einführung des neuen Tarifs glaubten die dortigen Mitglieder, ihre Verbandsangehörigkeit gegenüber dem S. nicht mehr verleiern zu brauchen und so bekam auf Grund dessen Schreiber dieses eines Sonnabends den Sad. Hierzu nahm eine Drucker-Versammlung Stellung, wonach S. um Zurücknahme der Kündigung zu ersuchen war, widrigenfalls die Mitglieder sich solidarisch erklären und ihre Kündigung einreichen würden. Letzteres wäre nun sowohl von acht Mitgliedern geschehen, wenn leider der Bezirksvorsitzende in der am 30. Mai abgehaltenen außerordentlichen Versammlung das gemeinschaftliche Aufheben nicht für sinnvoll erklärt und dadurch einigen Mitgliedern den Kopf verdreht hätte, so daß sich zu den beiden Stehengebliebenen Krummer und van Dessen noch Bürger und Weder gesehnten; letzterer vom 1891er Streit noch bekannt, scheint überhaupt zum Raubknecht geboren zu sein. In der hierauf am 12. Juni abgehaltenen, vollständig besuchten Monatsversammlung forderten die Mitglieder die Sperrung der Süßhaken Druckeret, ferner den Ausschluß der stehengebliebenen Mitglieder, und wandte sich die Versammlung hierauf mit Entrüstung der schon erwähnten Aeußerung des Bezirksvorsitzenden zu, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Süßhaken Mitglieder einverstanden, weil kollegial und solidarisch. Sie verurteilt dagegen entschieden das zweifelhafte und inkonsequente Eingreifen des Bezirksvorstehers und beantragt beim Gauvorstande die Schließung des Süßhaken Geschäfts

sowie den Ausschluß der stehengebliebenen Mitglieder.“ Zum Schluß sei noch mitgeteilt, daß als Ersatz außer einem Sager ein Wert-handlanger engagiert wurde, welcher am hiesigen Orte seine „Ausbildung als Sager“ genossen.

**H. Berlin.** (Vereinsversammlung vom 2. Juni.) Unter Vereinstmiltelungen brachte der Vorsitzende ein Vorkommnis aus der für Verbandsmitglieder sattem bekannten Oßizin von Gustav Schenk zur Sprache. Diese Druckeret ist für Verbandsmitglieder außer § 2 gestellt und wird deshalb auch nur ab und zu hier eine Gastrolle gegeben. Ein in diese Hochburg für Gutenbergbündler sich vertriebes Verbandsmitglied ging in der ersten Woche auf den ihm mitgeteilten Preis ein. Bei der Nachrechnung in der zweiten Woche stellte es sich jedoch heraus, daß der Preis um 28 Pf. pro hundert Zeilen zu niedrig war. Auf Verlangen wurde zwar der volle Preis bezahlt, jedoch erfolgte gleichzeitig die Entlassung. Die „tariftreuen“ Gutenbergbündler sind ja allerdings mit den Schundpreisen einverstanden. Die Angelegenheit wird nunmehr noch ein Nachspiel vor dem Tarifschiedsgericht erfahren. — Ein erfreuliches Bild zeitigte die letzte außerordentliche Generalversammlung der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins. In derselben wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen: „Alle im Fachvereine neu aufzunehmenden Kollegen müssen Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sein, widrigenfalls dieselben vom Vorsitzenden gleichzeitig angemeldet werden. Diejenigen Mitglieder, welche zur Zeit dem Verbands noch nicht angehören, werden ersucht, das Verbandsmitglied als möglich nachzuholen.“ Sodann wies der Vorsitzende auf den trefflichen Artikel des Korrespondenzblattes der Generalkommission über „Tarife und Tarifgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe“ hin und gab dem Wunsch Ausdruck, daß sämtliche Arbeiter einen tiefern Einblick in den Artikel nehmen mögen, um auch daraus die entsprechenden Lehren zu ziehen. — Sodann machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß der zu Ehren der in Berlin anwesenden Gauvorsitzer und Mitglieder des Tarif-Ausschusses abgehaltene Herren-Kommers eine Ausgabe von 205 Mk. verursachte, welche aus der Vereinskasse gedeckt wird. Daß das Solidaritätsgefühl der Buchdrucker stets an erster Stelle steht, bewies wiederum der Umstand, daß im Jahr 1896 aus dem Berliner Vereinsfädel 10850 Mk. für Unterstützung an Berliner Gewerkschaften gewährt wurden, die Darlehen nicht mit inbegriffen. Für die Hamburger Hafenarbeiter brachten die Berliner Buchdrucker die Summe von 9676 Mk. auf. — Ueber die am 28. und 29. Mai in Berlin abgehaltenen Verhandlungen des Tarif-Ausschusses berichtete Kollege Wachs, während über die am 27. Mai abgehaltene Gauvorsitzer-Konferenz Kollege Maßlin berichtete. Von einer Wiedergabe der Ausführungen kann abgesehen werden, da inzwischen der Corr. die ausführlichen Protokolle über die Verhandlungen brachte. Eine Stelle aus dem Berichte des Kollegen Wachs sei jedoch hier wiedergegeben. Redner bemerkte, daß das Tarif-Amt auf die Behörden einzuwirken versucht, ihre Druckereien nur in tariftreue Druckereien zu vergeben, bisher aber auf große Schwierigkeiten gestoßen sei. Erzwungener Weise dieses Vorgehen auch in der Nichtanerkennung des Tarifs in der Reichsdruckeret, die doch nur behördliche Arbeiten herstellt. Trotz der größten Bemühungen des Tarif-Amtes ist die Leitung der Reichsdruckeret (in diesem Falle die Reichspost-Direktion) nicht zu bewegen, den Tarif anzuerkennen, weil nach Meinung der Direktion dies sich mit einer Reichsanstalt nicht verträgt. Es wird nunmehr unsere Aufgabe sein, auf die Vertreter im Reichstag einzuwirken, hier Remedur zu schaffen, da sonst die Postdirektion womöglich noch zu der Ansicht kommen könnte, auch die Verbandsmitgliedschaft verträge sich nicht mit der Thätigkeit in der Reichsdruckeret — man weiß nur zu genau, daß die gesetzlich anerkannte Koalitionsfreiheit den staatlichen Arbeitern mehr oder weniger ein Wülmlein „Nährmichnichtan“ ist. Die nun folgende Diskussion gestaltete sich wiederum zu einer Debatte, in welcher die Ausschüsse resp. die Zurücknahme derselben eine Hauptrolle spielten. Da die Debatte, außer einigen neuen Anrempelungen auf die leitenden Personen, weiter keine neuen Momente bot, so kann von einer Wiedergabe der Ausführungen, weil schon wiederholt hier besprochen, abgesehen werden.

**H. Darmstadt.** In Nr. 52 des Corr. befindet sich am Schluß des Berichtes über die Generalversammlung des Verbandes der elässischen Buchdrucker eine Notiz, in welcher Klage geführt wird, daß das von der Regierung im Elsaß subventionierte Werk „Ydiotikon“ mit der unerhörten Preisdifferenz von 80 Mk. pro Bogen außerhalb Strassburg hergestellt wurde. Da nun das genannte Werk in einer hiesigen tariftreuen Druckeret angefertigt wird, muß ich die an der Arbeit beteiligten Kollegen davor schätzen, daß ihnen der Vorwurf gemacht werden kann, mit behüßlich gewesen zu sein, den Preis des Werkes in solch horrender Weise herunter zu drücken. Nach eingezogenen Erkundigungen werden die Sager vollständig tariftmäßig bezahlt und verdienen dieselben an dieser Arbeit einen ganz hübschen Lohn. Da nun der Lotalzulag hier 8 1/2 Proz. und in Strassburg meines Wissens 12 1/2 Proz. beträgt, so kann die Differenz hier ebenfalls nicht liegen. Ich nehme deshalb an, daß die Strassburger kalkulierende Firma Schrifsten, Accente usw. zu diesem Werke hätte anschaffen müssen und diese Anschaffungen bei der Preisberechnung mit in Betracht gezogen hat, während die hiesige Firma das

ganze Material bereits im Besitze hatte und deshalb etwas billiger als die Strassburger Firma arbeiten konnte. Vielleicht kommt auch noch in Betracht, daß die hiesige Druckeret weniger Geschäftsgewinn in Anrechnung brachte als die Strassburger. Dies zur Richtigstellung der Sache.

**Erlangen.** Gelegentlich der Durchreise zu den Verhandlungen des Tarif-Ausschusses in Berlin besuchte auf Wunsch der Geschäftsvertreter des fünften Kreises, Herr Gauvorsitzer Seig-Wänden, unsere Stadt, um bei den hiesigen Prinzipalen wegen Einführung der Arbeitszeitverkürzung vorstellig zu werden. Nach Rücksprache mit dem Vertreter des größten Geschäfts (Junge & Sohn) sowie mit den beiden anderen Herren Prinzipalen (Jacob und Bollrath) wurde denn auch die Bewilligung in Aussicht gestellt. Thatsächlich ist die Verkürzung der Arbeitszeit denn auch in der Jungeschen Druckeret am 31. Mai in Kraft getreten, während sie in der zweitgrößten Druckeret (Jacob) am 10. Juni zur Einführung gelangte. In der dritten am Plage befindlichen Druckeret (Bollrath) ist die Verkürzung bis heute noch nicht zur Einführung gelangt, trotzdem Herr Bollrath bei der Unternehmung mit Herrn Seig erklärte, nicht als tariftreuen gelten zu wollen. Es wird nun Sache der dort beschäftigten Kollegen sein, sich so bald als möglich mit ihrem Prinzipale hierüber ins Benehmen zu setzen, damit auch ihnen die Arbeitszeitverkürzung zu gute kommt.

**Salle a. S.** Freitag, den 11. Juni, fand hier eine Sitzung des Gewerkschaftsartells statt, auf deren Tagesordnung u. a. stand: Stellungnahme zum Beschlusse des Leipziger Kartells betr. Ausschluß der tariftreudlichen Buchdrucker. Kollege Firsich hatte das Referat übernommen und schloßerte nochmals die Gründe, welche uns bewegen haben, die Tarifgemeinschaft einzugehen und betonte, auf die Kämpfe in Rheinland-Westfalen und hier am Orte hinzuweisen, daß wir noch immer das Bewußtsein einer Kampfesorganisation hätten und nicht von Hirsch-Dunderlanismus verspürten. Er ersuchte, den Beschluß des Leipziger Kartells zu verurteilen. Nach diesem sprach der von der hiesigen Opposition nach hier geholte Herr Gash in seiner jetzt üblichen Manier. Wenn die Organisation so hart sei, daß wir durch Verhandlungen mit den Kapitalisten Vorteile für uns erreichen, dann brauchten wir nicht zu bitten und zu betteln, sondern nur zu fordern. Das Unterbandeln führe zur Harmonie-Duetei und Verjüngung. Ein weiterer Fehler der Tarifgemeinschaft seien die Tarif-Schiedsgerichte und die Arbeitsnachweise, diese seien darauf berechnet, die Gehilfen den Prinzipalen vollends in die Hände zu spielen. Zum Schluß seiner mit Kraftausdrücken und Phrasen eigens für die hiesigen Arbeiter schmackhaft gemachten Rede, welche eine tödliche persönliche Gefährlichkeit gegen den Zentralvorsitzenden und gegen den bösen Corr.-Redakteur, dessen Blättern alles andre nur nicht sozialdemokratisch sei, atmete, bemerkte der Herr Gash, „weil er eine Abneigung und anderer Ansicht als die Herren Zentral-, Gau- und Bezirksvorstände über die Tarifgemeinschaft habe“, sei er aus dem Verband ausgeschlossen; im übrigen ersuchte er, sich dem Beschlusse des Leipziger Kartells anzuschließen. Nach Gash sprach Kollege Löschke, die Einmordungen des Herrn Gash zurückweisend und die bisherigen Errungenschaften der Tarifgemeinschaft hervorhebend. Redner schilderte ausführlich die Thätigkeit des hiesigen Tarif-Schiedsgerichtes und des Arbeitsnachweises und kam zu dem Schluß, daß die Tarifgemeinschaft nur segensreich für die Gehilfen gewirkt hat. Im übrigen wies er das Kartell auf die einfache Thatsache hin, daß in Leipzig von einer stark besuchten Versammlung (Redner gab hier die Zahl zu hoch an und wurde nachher von Gash schriftlich berichtigt) Vertreter gewählt wurden; diese seien im Gegensatz zu anderen von 73 Personen gewählten Vertretern nicht anerkannt, mit der Begründung, daß sie nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Dies seien die einfachen Thatsachen und hierzu sei Stellung zu nehmen, und er erwarte dies auch bestimmt vom Halle'schen Kartell. Die Behauptung von Gash's Ausschluß erklärte Redner als Unwahrheit; Gash sei ausgeschlossen, weil er sich nicht innerhalb des Rahmens des Statuts bewegt habe, für einen Gash sei kein Platz mehr in unseren Reihen und möchten noch zehn Generalversammlungen kommen, keine würde Gash wieder als Mitglied aufnehmen. Es sprachen nun verschiedene andere Vertreter, sie verwarfen die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker wegen der langen Gültigkeitsdauer und bemerkten, daß damit die Buchdrucker nicht mehr auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung ständen. Nachdem noch Kollege Beißmann als Tarifgegner dem Kartell das Recht bestritten hatte, sich in die internen Angelegenheiten der Gewerkschaften zu mischen, und Kollege Firsich nochmals auf Gash's Ausführungen treffend erwidert hatte, kam Gash abermals zum Wort und begann seine Rede ungefähr so: „Genossen, was die Tarifgemeinschaftsfreunde wollen, zeigt Ihnen deutlich jenes junge Herrchen — gemeint war Kollege Löschke, der aber schon im fünften Jahre hier in der Gewerkschaftsbewegung praktisch arbeitet —, welches kaum ein Viertel von den Jahren in dem Verband ist als ich es war, und sich als Vertreter der Generalversammlung aufspielt.“ Und nun rief er nochmals sämtliche Vertrauenspersonen sowie alle Tariftreuerungen gehörig herunter. Kollege Löschke, welchem inzwischen klar geworden war, wie „Genosse“ Gash das gleiche Recht für Alle und die von Gash jetzt so sehr zur Schau getragene „Gleichheit, Brüderlichkeit“ auffasse, protestierte entschieden gegen eine derartige Behandlung und erinnerte die Ver-

treter daran, daß eine solche Kampfweise des Herrn Gash dem demokratischen Prinzip Hohn spräche. Hierauf sah sich der Vorsitzende veranlaßt, den geschmackvollen Ausdruck „junges Versehen“ zu rügen, worauf Gash kleinlaut erklärte, er sei zuerst persönlich angegriffen worden (wie es diesem unschuldsreinen Engel immer passiert. D. Red.). — Inzwischen waren zwei Resolutionen eingelaufen, eine vom Vorsitzenden Redakteur Thiele, welche die Abweisung der Tarifreue mißbilligte, da er in Tarifabmachungen nichts Hirsch-Dunderliches erblicken könne, und eine andre, welche „das provokatorische Auftreten der Tarifreue im Leipziger Kartell, insbesondere das des Redakteurs Neuhäuser, entschieden verurteilt“. Nachdem auf Anraten von Thiele Herr Gash erklärte, daß sich der Beschluß des Leipziger Kartells nicht gegen die Tarifgemeinschaften anderer Gewerte richte, sondern nur gegen die der Buchdrucker, „weil dieselbe hirsch-dunderlich sei“, zog Thiele seine Resolution zurück. Die noch verbleibende Resolution wurde ebenfalls zurückgezogen und dann dieser Punkt als erledigt erklärt. Also ohne Beschluß, genau wie das Hornberger Schießen, endigte die „Stellungnahme“ des hiesigen Gewerkschaftskartells. — In der Debatte sind eine solche Menge von Anschuldbigungen gegen die hiesigen Buchdrucker erhoben, daß es angebracht erscheint, daß alle Kollegen in der heute, Sonnabend, abzuhaltenden allgemeinen Buchdruckerversammlung dagegen protestieren und hier zugleich eine ganz bestimmte Stellungnahme des Kartells energisch fordern.

**Hamburg-Altona.** In der jüngst abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung wurde nach Maßgabe des neuen Statuts, das allerdings erst am 1. Juli d. J. in Kraft tritt, die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Das neue Statut setzt an Stelle der früher in den Druckereien vorgenommenen Urwahl die Wahl in der Versammlung durch Stimmzettel fest, was nach Meinung der Herren Oppositionellen eine „demokratische“ Einrichtung ist. Wie empfehlenswert dieselbe für jedermann, ist daraus zu ersehen, daß von 1100 Mitgliedern ganze 220 erschienen, 200 sich an der Abstimmung beteiligten und die von ihnen zu vergebenden 14 Mandate auf 117, schreibt einhundertsechzig Männer ihres Vertrauens verteilten. Zum Ueberflusse lag nur eine gedruckte Kandidatenliste, die der Opposition, vor. Fest stand für jeden mit den Verhältnissen Vertrauten, daß bei diesem „Rudelmüddel“, wie man hierzulande sagt, der Weizen der Opposition blüht, und richtig entzifferten zu dreizehn Biergebel mit solchfaler Mehrheit der Wahlurne sieben „Gashianer“ und sieben „Döblaner“. Auch in dieser Zusammenlegung wird man wahrscheinlich mit Wasser lachen. Hoffentlich wird aus dieser Wahl die Lehre gezogen werden, von der Opposition das einheitliche Handeln zu lernen und diesen „demokratischen“ Wahlmodus in der nächsten Generalversammlung wieder in den Ort zu verpflanzen.

**Old. Insterburg.** In der am 8. Mai im Restaurant Zentralthalle abgehaltenen Monatsversammlung kamen unter Punkt Verschiedenes einige Sachen zur Sprache, welche wohl für jeden Kollegen von Interesse sein dürften. Kollege Gerhardt beleuchtete das Verhalten resp. den Verkehr zweier Kollegen (Kuske und Thiem) mit Nichtverbändlern und führte u. a. aus, daß es doch jedes Kollegen Pflicht und Schlichtigkeit sei, stets auf dem Posten in puncto Agitation zu sein und nicht wie Kollege K. mit Ausweisungen zu „agitieren“, wie z. B.: „Es sei ganz gut und er fände es für sehr richtig, wenn der betr. Herr (H. aus M.), um seinen Eltern Gehorsam zu leisten, dem Verbands nicht beitrete.“ (Der Grund dürfte wohl darin zu suchen sein, weil der betr. Herr bei Herrn K. wohnt.) Jedoch, wie kann sich ein Kollege erlauben, solche Dinge zur Sprache zu bringen? Gleich am andern Tage war Herr P. und somit die ganze Geschäftsleitung durch erigeanannte Kollegen K. und L. über jedes in der Versammlung gefallene Wort unterrichtet, so daß es sich Herr P. nicht nehmen ließ, die Interessen des Verbandes in den Schmutz zu ziehen und dabei noch Unterstützung bei dem erwähnten „Auchkollegen“ fand. — Die darauf folgende Monatsversammlung befaßte sich mit dieser Angelegenheit noch einmal, da Kollege Gerhardt seitens der Versammlung eine Erklärung resp. Richtigstellung ferner gemachten Ausführungen genannten Herren gegenüber forderte, welche dieselben unzweifelhaft wesentlich falsch wiedergegeben hatten. Diese Genugthuung konnte ihm seitens der Versammlung gewährt werden. Eine rechtsfertige sachliche Widerlegung wurde von keinem der beiden Herren abgegeben, vielmehr hüllten sie sich in ein mystisches Stillschweigen. Kollege Wattern bemerkte, daß sich nur die beiden Herren nicht wundern sollten, wenn über kurz oder lang „jemand“ hinausfliegt und ihnen die Schuld zugeschoben würde. (Dieses ist geschehen und zwar erhielt gleich am andern Tage mittags der betr. Kollege den „Sack“.) Weitere Ausführungen sind wohl überflüssig, um den Charakter genannter Herren der Öffentlichkeit zu unterbreiten; wir überlassen dieses Bild den redlich denkenden Kollegen zur gefälligen Erinnerung. — An dieser Stelle wollen wir nicht verschließen, den Lister Kollegen unsere herzlichsten Dank auszusprechen für die uns anlässlich des Gantages erwiesene Aufnahme. Dort wehte in bezug auf Kollegialität doch ein ganz anderer Wind.

**dt. Kaiserlautern.** 2. Juni. Auf der Tagesordnung der gestern hier abgehaltenen Gewerkschaftsversammlung stand als erster Punkt: „Stellungnahme

zur Ausweisung der Buchdrucker aus dem Leipziger Gewerkschaftskartell.“ Nach erfolgter Aufklärung von Seiten eines Delegierten der Buchdrucker, welcher die Tarifbewegung von ihrem Entstehen an und den durch dieselbe entstandenen oppositionellen Aufstand erläuterte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute zu Kaiserlautern tagende Gewerkschaftsversammlung verwirft ganz entschieden das Vorgehen des Leipziger Gewerkschaftskartells gegen die von einer allgemeinen Buchdruckerversammlung mit über 1000 (600 d. Red.) Stimmen gewählten Delegierten. Sie erblickt in diesem Vorgehen ein von Gash und Nachzügler triefendes persönliches Interesse des wegen seiner zerstörenden Agitation aus dem Buchdruckerverband ausgeschlossenen Kartellvorsitzenden. Die heutige Versammlung erachtet in der letzten Bewegung der Buchdrucker ein den jetzigen Verhältnissen entsprechendes Vorgehen und verwirft die Bezeichnung „hirsch-dunderlich“ als für die Buchdruckerorganisation unzutreffend.“

**ph. Kassel.** In Nr. 55 des Corr. erachtet ein Kollege J. Bericht über eine seitens des hiesigen Maschinenmeisterklubs einberufene öffentliche Maschinenmeister-Versammlung. Es liegt nicht in meiner Absicht, den sonst sehr sachlich gehaltenen Artikel zu kritisieren; vielmehr will ich mich nur mit einer demselben angehängten Schlussbemerkung des Einsenders beschäftigen. Es heißt da: „Abends 7 Uhr versammelten sich die Mitglieder, Kollegen, Freunde und Gönner des Klubs mit ihren Angehörigen zum Stiftungsfest im kleinen Stadtpark, welcher trotz einer gegenteiligen Agitation bis auf den letzten Platz gefüllt war.“ Dunkel ist der Rede Sinn und habe ich geglaubt, daß wohl schon längst eine Aeußerung von anderer Seite gefordert worden wäre, warum und von wem eine gegenteilige Agitation getrieben worden ist. Ich kann nun meine so lange zurückgehaltene Neugierde nicht mehr bezähmen und ersuche, mich und gewiß noch viele Andere aus dem Wirrwalle von Vermutungen zu befreien, künftighin aber die Leser des Corr. mit solchen dunklen Worten zu versehen. Will man vielleicht nicht sagen, daß man zu der Feier ein von der Arbeiterkraft „gesperrtes Lokal“ benutzte und deshalb von hiesigen Volksblatt einen Häring erhielt? Dann hätte Bericht-erstattet besser gethan, diese ominösen Worte nicht zu gebrauchen.

**A. P. Leipzig.** (Allgemeine Maschinenmeister-Versammlung.) Freitag, den 11. Juni, fand eine sehr gut besuchte allgemeine Maschinenmeister-Versammlung statt. Der Vorsitzende Kreyßmar erbat die Ratifikation des Kommissionsberichts und führte aus, daß der Beschluß der letzten Versammlung dem derzeitigen Gehilfenvertreter übermittelt worden mit dem ausdrücklichen Hinweise, mit allen Mitteln thätigst bei der Tarif-Ausführung für die Verwirklichung des Beschlusses einzutreten. Auch die allgemeine Buchdrucker-Versammlung hätte einen Beschluß gefaßt, der sich mit dem unrigen vollständig deckt. Ferner habe er unter Zustimmung der Kommission eine Erklärung abgegeben, welche aus dem Verhalten der Maschinenmeister im allgemeinen resultiert. Meroris habe er Gelegenheit gehabt, wahrzunehmen, daß die mehr oder weniger aktive Betätigung der Kommissionsmitglieder an dem Oppositionsstreit unsere Bestrebungen namentlich hier am Orte sehr behindert habe. Ganze Offizinen hätten sich deshalb nicht an der 5 Pf.-Steuer und an Versammlungen beteiligt. In dem Meinungsstreite habe sich eine persönliche Kampfweise geltend gemacht, die er auf keinen Fall gutheißen könne, so daß sich auch aus diesem Grunde die Kommission von einer gewissen Richtung loslösen müsse. Das Recht, als Verbandsmitglied an dem Tarifverhandlungen und deren Begleiterscheinungen auf legalem Boden, so auch an Maßnahmen der Verbandsfunktionäre, gerechte Kritik zu üben, müsse auch in der Zukunft Jedem gewahrt sein. Die Kommission habe es als das Richtige erkannt, mit den anderen Körperschaften nicht auf feindseligen Fuße zu stehen, sondern in friedlicher Weise, um Ersprießliches zu schaffen, mit ihnen gemeinschaftlich zu praktizieren. Er sowie Kollege Schneider seien kürzlich in Berlin gewesen und dort mit verschiedenen Kollegen zusammengekommen. Man habe sich dort geeinigt, daß am 29. August d. J. in Halle a. S. ein Maschinenmeisterkongress stattfinden soll. Der Redner gibt hierauf die bereits im Corr. veröffentlichte Tagesordnung bekannt. Diese Tagesordnung habe vom Zentralvorstande behufs thätigster Unterstützung Zustimmung gefunden. An der hierauf folgenden Debatte beteiligte sich zunächst Kollege Hoffmann, der dem Gefühl Ausdruck gab, daß friedliche Bahnen eingeschlagen werden müßten, er stelle den Kollegen anheim, ob fernerhin noch in der B.-B. inseriert werden soll. Kollege Hermann Lindenberg stellt den Antrag, nur im Corr. zu inserieren, während Kollege Niederberger überhaupt in keinem Organ inseriert wissen will. Nach längerer Debatte gelangte der Antrag H. Lindenberg zur Annahme. — Der Vortrag des Herrn M. Wittich über „Die Schlacht am Birkenbaume“, welchen er in seineresselnden, padenben Weise zu Gehör brachte, machte sichtlich Eindruck und lebhafter Beifall bezeugte, welche Anerkennung er gefunden. — Kollege Kauh gab als Gehilfenvertreter den Bericht über die Verhandlungen des Tarif-Ausschusses und führte aus, daß die Sonderbestimmungen für uns Drucker keine glücklichen seien und er immer auf deren Beseitigung hingewirkt habe; daß unser Antrag gefallen ist, liege viel mit daran, daß in anderen Städten nicht mit solchen üblen Erfahrungen wie in Leipzig gearbeitet werde und so sei es gekommen,

daß sogar drei Gehilfenvertreter gegen unsern Antrag gestimmt haben. Anknüpfend an diesen Bericht gestellte Kollege Kreyßmar das Verhalten der betr. Vertreter aufs Schärfste; was er früher bejurdet bez der Kartellklauseln, sei eingetroffen; also weg damit. Redner machte aber auch gleichzeitig einem Teile der Maschinenmeister den Vorwurf, daß selbige sich freiwillig herbei lassen und sich die Ferten in Form von Extrafrauten auszahlen lassen, was er an der Hand von Material nachweis, wodurch eigentlich unsre ganze Entrüstung illusorisch sei; Redner empfahl deshalb folgende Resolution: „Die heute im Koburger Hofe versammelten Drucker und Maschinenmeister Leipzigs mißbilligen auf das Schärfste die Ablehnung des Maschinenmeisterantrages (§ 31 des Tarifs, Ferten betr.) seitens des Tarif-Ausschusses; ebenso das Verhalten einer Anzahl von Kollegen, die sich freiwillig anbieten, anstatt die Ferten, wie diese im Tarife vorgelesen sind, zu beanspruchen, diese als Extrafrauten sich auszahlen zu lassen. Im fernern macht die Versammlung es einem jeden Kollegen zur dringenden Pflicht, daß die Zusammenlegung der halben Stunden pro Tag zu Ferten thunlichst zu vermeiden ist, aus Gründen, die sich aus den neuerdings häufenden Streitfällen ergeben haben. Die Kommission.“ Kollege Eichler unterstützte diese Ausführungen und forderte die Kollegen auf, die Fertenklausel der Prinzipalität gegenüber nach Möglichkeit zu erschweren. Nach hierauf folgenden verschiedenen kürzeren Auseinandersetzungen fand die Resolution einstimmige Annahme. — Betreffs Besichtigung einer Farbenfabrik, mit darauffolgendem gemüthlichen Beisammensein, soll ein Sonnabend Abend benutzt werden und die Kommission wird beauftragt, diesbezügliche Schritte einzuleiten. Nachdem der Vorsitzende noch um eine zahlreiche Beteiligung am Ausfluge gebeten und für den Herbst ein Gartenvergnügen beschlossen worden war, fand die gut verlaufene Versammlung 1/2 12 Uhr ihren Abschluß.

**M. Leipzig.** Ein gehöriger Reinfall hat der „Vertrauensmann“ der Opposition, Herr Kressin, jüngst in einer heiligen allgemeinen Maschinenmeister-Versammlung erlitten. Derselbe glaubte dort Profeten für die Wacht machen zu können, aber unsre Kommission wie auch die Versammlung haben ihm das Konzept gründlich verborgen. Wir glauben, daß es auch außerhalb Leipzigs Interesse erwecken wird, deshalb will ich diesen Fall hier erwähnen. Herr Kressin hat in dieser Versammlung, als es sich um die Insertion in der Wacht handelte, uns Wort, jedenfalls wollte er die Wacht herausstreichen, aber die Kommission erklärte, sie könne einem Gezer nur dann das Wort erteilen, wenn dieser in der Organisation ein Amt bekleide. Dieser Auffassung schloß sich auch die Versammlung an und Herr Kressin mußte mit Glanz abziehen. Man wird aus diesem Vorgange wohl ersehen können, daß neben dem Beschlusse, lediglich im Corr. zu inserieren, die Maschinenmeister Leipzigs in Einigkeit unter sich und mit den Gezern und der Verbandsleitung gemeinsam arbeiten wollen zum Wohle des Ganzen. Nur dadurch können wir Ersprießliches erreichen, nimmermehr aber in einem mehr oder minder direkten Anschluß an die sogen. Opposition.

**B. Stuttgart.** Biesch ist zu konstataren, daß unsere Vertrauenspersonen, und wohl nicht allein hierorts, glauben, die B.-B. zur Information lesen zu müssen. Wenn man aber die vielen Vertrauenspersonen im Verband in Betracht zieht, die aus gleichen Gründen dieses Organ halten, dann kommt eine derart große Zahl von Abonnenten — und zwar pünktlich zahlenden — zusammen, daß gerade dadurch die B.-B. ihr Dasein fristen kann. Sollen wir uns denn von dem Herrn Gash immer lassen lassen, sein spezieller Anhang halte kein Blatt über Wasser, während es doch gerade die Vertrauensleute des Verbandes sind, die verantwortlich zu machen, daß die B.-B. nicht schon längst selig entschlafen ist. Man beschwere sich nicht mehr über die oft gemainen Angriffe in der B.-B., wenn man selbst die Möglichkeit dazu bietet, daß dies geschehen kann. Die Gashsche Herrlichkeit würde sofort ein Ende nehmen, wenn man die direkte oder indirekte Unterstützung seines Unternehmens lediglich denen überlässe, die aus irgendwelchen Gründen sich zu derselben frei berufen lassen.

**Zwidau.** (Verbandsmitglieder-Versammlung vom 29. Mai.) In's Bureau wurden die Kollegen Krasner und Casper als Vorsitzende, Rob. Müller als Schriftführer gewählt. Zum ersten Punkte, Berichterstattung über den Gantag, gab Kollege Müller-Bochwa ein ausführliches Referat über die Gantagsverhandlungen, dabei hervorhebend, daß, obwohl für uns wenig dabei herausgesprungen, die Zwidauer Delegierten doch einen moralischen Sieg davongetragen hätten. Redner skizzierte hauptsächlich die Verhandlungen über die Zwidauer und Chemnitz Anträge und die diesbezüglichen Beschlüsse des Gantages, die übrigen Verhandlungen nur kurz streifend. An der sich daran anschließenden lebhaften Debatte beteiligten sich die Kollegen Robert Müller, Kupfer, Krasner, Wagner, Müller-Bochwa und Kluge. Eine eingegangene Resolution: „Die heutige Verbandsmitglieder-Versammlung billigt vollkommen den von den Delegierten auf dem Gantag eingenommenen Standpunkt und spricht ihnen hierfür ihre volle Anerkennung aus“, wurde gegen 1 Stimme angenommen. Punkt 2: Antrag der Mitglieder in Bochwa: Aufhebung des jeinerzeitigen Beschlusses bez. Stellung der in der Papierfabrik Bochwa konditionierenden Mitglieder außerhalb § 2 des Verbandsstatuts, wurde, nachdem vom Vorsitzenden und den Antragstellern be-

